



Arbeitskreis zur Förderung
von Pflegekindern e.V.

BERLINER BEIRAT FÜR
Familien
fragen

Familienforum mit Pflegeeltern am 13.06.2024 beim Arbeitskreis zur Förderung von Pflegekindern e.V.

– Ergebnisse –

Veranstaltungsort: Arbeitskreis zur Förderung von Pflegekindern e.V., Stresemannstr. 78 in 10963 Berlin (Kreuzberg)

Veranstaltende: Berliner Beirat für Familienfragen in Kooperation mit dem Arbeitskreis zur Förderung von Pflegekindern e.V.

Am Forum nahmen elf Pflegeeltern teil. Um eine Diskussion über die Wünsche und Probleme der Pflegefamilien einzuleiten, wurden drei Satzanfänge vorgegeben:

- „Mein Alltag ist schwierig, weil ...“
- „Im Alltag hilft mir und meiner Familie ...“
- „Damit mein Leben einfacher wird, brauche ich ...“

Die Zitate aus der Vorstellungsrunde der Pflegeeltern zeigen, wie herausfordernd ihre Situation ist

„Mit dem Wissen von heute wären wir nicht mehr überzeugt davon ein Pflegekind großzuziehen.“

„Wir würden das mit der Pflegschaft nicht noch mal machen.“

„Ich musste aufhören zu arbeiten, weil weder Schule noch Umfeld auf die therapeutischen Bedarfe der Kinder reagieren konnten.“

„Wir sind die billigste Variante, wenn Kinder in Obhut genommen werden müssen, haben aber keine wirkliche Unterstützung.“

„Es gibt eine große Missachtung und Abwertung durch Jugendämter und keinerlei Wertschätzung.“

„Wenn die Kinder zwischen 12 und 17 Jahren alt sind, heißt es durchhalten – und es braucht ein großes Netzwerk.“

„Berlin ist weit hinter der Empfehlung zur finanziellen Unterstützung für Pflegekinder für die Pauschalbeträge zur Vollzeitpflege.“

„Es sind nicht die Kinder, die mir die Energie saugen ...“



Bessere Unterstützung durch Jugendämter nötig

Ein großes Problem sehen die Pflegeeltern darin, dass mit dem Umzug der Herkunftsfamilie die Zuständigkeit auf ein anderes Jugendamt übergeht: *„Mein Pflegekind hatte in zwei Jahren neun verschiedene Jugendämter.“* Die Übergaben von einem Jugendamt zum anderen seien oft lückenhaft oder fänden gar nicht statt. Die Zuständigen im Jugendamt hätten „keine Zeit, alle Akten zu lesen.“ Es werden daher oftmals einfach neue Akten angelegt – die zuvor gesammelten Informationen und Daten finden keine Beachtung mehr.

Zudem wurde von der Unzuverlässigkeit mancher Jugendämter berichtet. Zusagen würden nicht eingehalten, negiert oder einfach nicht umgesetzt. Dies gelte vor allem für Anträge und Termine. Außerdem seien die Wartezeiten bei Anträgen, z. B. für erhöhte Förderbedarfe, viel zu lang. So kommt es dazu, dass Kinder in Krisensituationen manchmal nicht angemessen unterstützt werden.

„Es würde helfen, die Beweislast umzukehren, so dass Behörden und Institutionen davon ausgehen, dass Pflegekinder ihr eigenes großes Päckchen zu tragen haben.“ Selbst die Beantragung von Reisepässen sei kompliziert, da Pflegekinder nicht im Einwohnermeldesystem erfasst sind.

Ein Elternteil betont: *„Ich fühle mich vom Jugendamt im Stich gelassen, bei Schulfragen und wenn die Voraussetzungen vom Kind für einen regelmäßigen und erfolgreichen Schulbesuch nicht mitgebracht werden.“*

Pflegefamilien wollen respektiert werden

„Pflegekinder werden oft vorgeführt, in dem vor ihnen über sie gesprochen wird, statt mit ihnen.“

„Ich hätte gerne mal ein „Herzlichen Glückwunsch“, statt „Oh je – viel Glück dabei“ von Dritten gehört!“

„Ich habe mein Kind fast 18 Jahre in Pflege gehabt. In einem abschließenden Brief vom Amt, wurde ich darauf hingewiesen, dass die Pflegschaft mit Vollendung des 18. Lebensjahrs ausläuft. Da das Kind in der Mitte des Monats Geburtstag hatte, wurde ich darin aufgefordert, den halben monatlichen Unterstützungsbetrag zurück zu überweisen. Kein Dankeschön! So sieht Wertschätzung in Berlin aus.“

Die Mehrheit der Pflegeeltern erfährt kaum Wertschätzung und Anerkennung durch Fachkräfte und Schulen. Diese wüssten oft nicht, wie sie mit den Pflegefamilien umgehen sollten. Ergänzungspflegende und Vormünder, die die Situation des Pflegekindes nicht kennen, *„mischen sich ein und drängen sich in die Pflegefamilie“*. Dies wirke sich oft sehr negativ auf das Familienleben aus.

Die Familien berichteten auch von Schikanen seitens der Ämter, z. B. durch den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD), der „Begutachtungen durchführt, um den Status des Kindes festzustellen, obwohl es sich ja um ein Pflegekind handelt“.

Verbesserung der Situation in Bildungseinrichtungen notwendig

Die Pflegeeltern beklagen, dass sich die *Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ)* oftmals über ärztliche Gutachten hinwegsetzen und mit den Anforderungen, denen sich die Pflegefamilien stellen müssen, schlicht überfordert sind. Es wurde von Konflikten mit SIBUZ und der Schule berichtet, wenn medizinische Einschätzungen nicht beachtet wurden. Dadurch sei es zu falschen Einstufungen und damit zu dauerhaften Überforderungen der Pflegekinder in der Schule gekommen.

Die von den Pflegeeltern wahrgenommene Konkurrenz zwischen dem Pflegekinderdienst (PKD), der für die Pflegefamilien zuständig ist, und dem Allgemeinen sozialen Dienst (ASD), zuständig für die Herkunftsfamilien, wurde als kontraproduktiv beschrieben.

Den Pflegekindern fehlt es an Unterstützung in Kita und Schule. Vor allem, weil nach Einschätzung und Erfahrung der Pflegeeltern die Inklusion nicht funktioniert. Der Berliner Inklusionsansatz wurde daher als gescheitert angesehen, es fehle an geeignetem und gut ausgebildetem Personal sowie an ausreichender Finanzierung. Die vorhandenen Fachkräfte an den Berliner Schulen seien überlastet, da bereits Kinder aus sogenannten „normalen“ Familien oft viele Verhaltensauffälligkeiten mitbrächten. Für „noch mehr herausfordernde Kinder“ bleibe dann nicht genügend Zeit.

Ein anwesendes Elternpaar hörte folgende diskriminierende Aussage eines Lehrers, nachdem das Pflegekind die Klasse einer Inklusionsschule verlassen hatte: *„Der faule Apfel muss vom Baum entfernt werden“*.

Die Suche nach geeigneten Kitas und Schulen ist für die Pflegefamilien sehr anstrengend.

Unterstützung bei Gerichtsverfahren, rechtliche Regelungen und Schutz vor Diskriminierungen

Viele der anwesenden Pflegefamilien mussten sich mit Gerichtsverfahren auseinandersetzen, oft mit der Drohung, das Pflegekind aus der Familie zu nehmen.

Die Eltern beklagten, dass Pflegefamilien wie Patchworkfamilien behandelt würden, obwohl sie vor ganz anderen Herausforderungen stehen. Oft würden familienpsychologische Gutachten erstellt, obwohl die Pflegeeltern mit den Herkunftseltern gar keine Familie bildeten. Auch würden den Pflegeeltern oft Termine mit der Herkunftsfamilie vorgegeben – ohne vorherige Absprache und Rücksicht auf Arbeitszeiten etc.

Den Pflegeeltern fehlen bessere Möglichkeiten der rechtlichen Beratung sowie umfassendere Informationen über Hilfsangebote und Unterstützungsmöglichkeiten. Es wurde vorgeschlagen, in jedem Bezirk Anlaufstellen für Pflegefamilien einzurichten.

Pflegefamilien sollten einen Schutzraum für die Kinder bieten, daher sollten sie auch rechtlich abgesichert und beraten werden. Die Familien schlugen eine automatische Statusbestätigung durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) vor, um wiederholte Begutachtungen zu vermeiden: *„Ich wünsche mir jemanden, der mir hilft, die Rechte meines Pflegekindes und meine Rechte als Pflegemutter durchzusetzen.“* In der Kurzzeitpflege ist die Rechtsunsicherheit nach Aussagen der Pflegeeltern noch höher.

Die Anwesenden betonten, dass die rechtliche Stellung von Pflegeeltern generell verbessert werden müsse. Sie seien keine Arbeitnehmenden – aber was dann? Sie brauchen Arbeits- und Diskriminierungsschutz nach dem Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG).

Die Diskriminierung von Pflegefamilien durch Gerichte wurde beklagt. So gelte zum Beispiel das Landesantidiskriminierungsgesetz nicht vor Gericht. Eine Regenbogenfamilie berichtete von einem Richter, der während des Gerichtsprozesses geäußert habe, dass es *„mal einen richtigen Mann in der Familie bräuchte“*. Auch ein Gutachter bei Gericht habe eine solche Meinung kundgetan: *„Ihr Kind hat Probleme, weil bei ihnen nicht genug richtige Männer zu Besuch kommen.“*

Die Eltern forderten die Umsetzung der Vereinbarungen auf Seite 20 des Koalitionsvertrages. Dort heißt es: *„Wir werden die **Beratungsangebote für Regenbogenfamilien** weiter stärken. Das Personal in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, im Öffentlichen Dienst sowie bei den Berliner Gerichten wird geschult, um Diskriminierung insbesondere für Regenbogen-*

Pflegefamilien abzubauen.“ Auch die im § 37 SGB VIII verankerten Schutzkonzepte im Pflegekinderwesen sollen umgesetzt werden.

Es wurde angeregt, Pflegeeltern und -kinder als Diskriminierungsdimension in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aufzunehmen.

Mehr Unterstützung durch Schulungen, Coaching, Netzwerke etc.



Spezielle Fortbildungsangebote für Pflegeeltern und Jugendamtsmitarbeitende sollten verpflichtend sein. Die Schulungen für Pflegeeltern sind größtenteils unzureichend und müssen dringend evaluiert und aktualisiert werden, da teilweise mit längst veraltetem Material gearbeitet wird.

Hilfreich für die Pflegeeltern seien Supervisionsgruppen sowie spezialisierte Einzelfallbetreuerinnen und -helfer, die vom Jugendamt zugewiesen werden. Supervision und Coaching für Pflegeeltern gibt es jedoch kaum. Man müsse sich selbst darum kümmern und dies auch selbst finanzieren. Termine bei therapeutischen Fachkräften seien sehr schwer zu bekommen und müssen ebenso oft selbst bezahlt werden: *„Erst nach langer Intervention beim Jugendamt gab es Zuschüsse.“* Schnelle und unkomplizierte Supervisionen für alle Pflegeeltern durch fachlich

kompetente Personen sollten vom Jugendamt verpflichtend angeboten werden.

Qualifizierungsinhalte sollten standardisiert und abgesichert werden und in pädagogische Ausbildungen wie z. B. das Lehramtsstudium integriert werden. Pflegekinder würden häufig mit Scheidungskindern gleichgesetzt, dies sei aber nicht vergleichbar: *„ihre Geschichten sind sehr viel härter“.*

Gewünscht wurde auch ein besserer Zugang zu Informationen, um sich ein umfassenderes Wissen über Erkrankungen ihrer Pflegekinder wie z. B. das Fetale Alkoholsyndrom (FASD) oder die Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) anzueignen: *„Man bekommt ein neugeborenes ‚Drogenbaby‘ in den Arm gelegt, aber dann gibt es kein medizinisches Fachpersonal oder Hebammen, die einen informieren.“*

Im Alltag ist für die Familien der Austausch mit anderen Pflegeeltern besonders wichtig, vor allem wenn die Pflegekinder *„von intersektionaler Diskriminierung betroffen sind“.*

Pflegeeltern sind auf ein gutes Netzwerk und soziale Kontakte angewiesen, um Erfahrungen und Informationen auszutauschen. Die Eltern berichteten, dass sie ihre Fortbildungen weitgehend selbst organisieren. Qualifizierungen wie beispielsweise die von „Familien für die Kinder“ (www.familien-fuer-kinder.de) seien sehr hilfreich. Auch die regelmäßige Teilnahme an Selbsthilfegruppen, wie z. B. bei einer Fetalen Alkoholspektrumstörung des Kindes, ist für die Pflegeeltern unerlässlich.

Als sehr förderlich wurden auch fachliche Netzwerke und Kooperationen angesehen, z. B. mit den Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ), den Lehrkräften, Lerntherapeutinnen und -therapeuten, Vormündern oder Trägervereinen.

Anregungen und Forderungen der Pflegeeltern

Gesellschaftliche Anerkennung und Entstigmatisierung: Pflegefamilien brauchen mehr Akzeptanz und Verständnis vor allem von Seiten der Schulen, Behörden und Gerichten. Die Pflegeeltern wünschen sich eine „gelebte Inklusion“. In der Öffentlichkeit und Verwaltung sollte daher nicht mehr von „richtigen Kindern“ und „richtigen Eltern“ gesprochen werden. Für einen strukturell guten Umgang mit traumatisierten Kindern müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden: *„Das muss die Gesellschaft sowie die Politik lernen.“*

Es sollte mehr Forschung zur Situation von Pflegefamilien geben. Die Vielfalt heutiger Familienstrukturen sollte berücksichtigt werden: *„Manche Kinder sehen so aus wie ihre Eltern, manche sehen anders aus.“*

Finanzielle Aspekte

- Anhebung des Regelunterstützungssatzes
- Die Kosten für die Freizeitgestaltung der Kinder und die anfallenden Fahrtkosten für Besuche, Behördengänge, Therapien etc. sollten den Pflegeeltern erstattet werden.
- Pflegefamilien sollten Unterstützung durch Haushaltshilfen etc. bezahlt bekommen.
- Kindergeld sollte auch während der Krisen- und Kurzzeitpflege gezahlt werden.

Rechtliche Fragen

- Die örtliche amtliche Zuständigkeit sollte bei der Pflegefamilie und nicht bei der Herkunftsfamilie liegen.
- Der Verzicht auf Dokumentationspflichten würde die Pflegeeltern stark entlasten.
- Automatische Feststellung und Erteilung des I-Status für Pflegekinder ohne gesonderte Begutachtung.
- Änderung des BGB hinsichtlich des dauerhaften Verbleibs in Pflegefamilien
- Verbindliche Ausführungsverordnung für Berlin zum Beschwerderecht EU! § 37, B Abs. 1-2 SGB VIII.
- Bei Beendigung des Pflegevertrages sollte es ein wertschätzendes und ausführliches Abschlussgespräch mit Evaluation sowie Seminare für ausscheidende Pflegeeltern geben. Außerdem fordern die Pflegeeltern einen automatischen Nachweis für die Rentenversicherung sowie eine detaillierte Bescheinigung über die Tätigkeit als Pflegeeltern (ähnlich einem Arbeitszeugnis).
- Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.

Unterstützung durch Jugendamt, Bildungseinrichtungen, Behörden, Institutionen etc.

- Ein Kontrollgremium für Jugendämter zur Qualitätssicherung: Da es kein Landesjugendamt mehr gibt, sind die Bezirke in der Jugendhilfe autonom, was nicht förderlich ist.
- Die Pflegefamilien empfinden das Durchsetzen der ihnen zustehenden Ansprüche gegenüber Anlaufstellen, Jugendämtern und Schulen als sehr kräftezehrend.
- Es wird mehr „Verbindlichkeit und Kontinuität“ seitens der Jugendämter gewünscht.
- Die Konkurrenz zwischen dem Pflegekinderdienst und dem Allgemeinen Sozialen Dienst muss aufgehoben werden.
- Der „Schutzraum Pflegefamilie“ müsse gesichert werden. Da es sich z. B. nicht um Scheidungskinder handelt, müssen die Besuchskontakte genau betrachtet werden.
- Es braucht mehr Kitaplätze, mehr Grund- und weiterführende Schulen.
- Das Wissen um die besondere Situation von Pflegekindern sollte von zentraler Stelle in die Schulen getragen werden.

- Pflegeeltern fordern eine zentrale Meldestelle für alle Vorfälle, z.B. bei Diskriminierung von Pflegeeltern und Pflegekindern.
- Eine einheitliche Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Pflegefamilien, die auf dem neuesten Stand der Forschung beruht und die zentral von Fachkräften gesteuert wird.
- Vorerfahrungen der Kinder wie pränatale Stresserfahrungen, Bindungsabbrüche, komplexe Traumatisierungen, polyvalenter Drogenmissbrauch und psychische Erkrankungen müssen bei Gutachten etc. stärker berücksichtigt werden.

Qualifizierung, Ausbildung, Anerkennung

- Einführung adäquater Qualifizierungen für Pflegeeltern mit anerkanntem Zertifikat, das auch von Schulen akzeptiert wird. Bisher müssen Pflegefamilien in Schulen „um Verständnis werben“.
- Das Thema „Pflegekinder“ gehört nach Meinung der Pflegeeltern in die Lehramtsausbildung. Standards für Qualifizierungsinhalte in pädagogischen und lehrenden Berufen sollten in die Ausführungsbestimmungen zur Ausbildung aufgenommen werden. Studierende pädagogischer Fächer sollten ein Pflichtpraktikum in Pflegefamilien absolvieren.
- Evaluation und Zertifikate für Pflegeeltern.

Weitere Ideen und Wünsche

- Diskriminierungssensible Kur- und Erholungsangebote für Pflegekinder.
- Start einer „Imagekampagne“ zur Information über Pflegefamilien, die in allen Bezirken einem einheitlichen Standard folgen sollte.

Stimmen von Pflegeeltern in der Schlussrunde:

„Wenn ich an das Kind denke, dann revidiere ich meine Aussage zu Beginn. Ich würde das doch wieder machen, weil es unglaublich sinnvoll ist, Kindern zu helfen.“

„Es hat mir wahnsinnig gutgetan, euere Geschichten zu hören. Wir sollten uns unbedingt vernetzen.“

Wir danken den teilnehmenden Pflegeeltern für ihre Zeit und den offenen Austausch, dem Arbeitskreis zur Förderung von Pflegekindern e.V. für die Einladung und Organisation sowie dem Argo-Team für die Moderation.